

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 14 (1973)  
**Heft:** 21

**Artikel:** Das Ding in der Sowjetunion  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**Kapitel:** Die geschichtliche Entwicklung : Logik im Paradox  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095133>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Laszlo Revesz untersucht Geschichte und Stand der Mitbestimmung im «ersten Arbeiterstaat der Welt»

# Das Ding in der Sowjetunion

Den Arbeiter zum Eigentümer der Produktionsmittel zu erklären, ist eine Frage der theoretischen Definition. Wie er aber seine Eigentumsrechte wahrnehmen soll, das ist eine Frage der praktischen Funktion. Wie kann er darüber verfügen, was kann er damit tun? Das ist eine konkrete Angelegenheit, und sie muss konkret beantwortet werden. Denn sonst ist der Begriff des Eigentums ein blosses Wort, dem der Inhalt fehlt. Es ist deshalb legitim, nach dem Stand der Mitbestimmung in der Sowjetunion

zu fragen. Sie ist seit drei Generationen laut eigener Aussage ein Arbeiterstaat, und sie ist überdies als globale Supermacht und europäische Hegemonialmacht zweifellos unser Hauptbeispiel, wenn wir an die mögliche Umwandlung unserer eigenen Verhältnisse denken. Wie also verfügt der sowjetische Arbeiter über seine Fabrik, seinen Betrieb? Denn dafür, dass er darüber verfügen dürfe, dafür hatte man die Revolution gemacht.

## Die geschichtliche Entwicklung: Logik im Paradox

**Die aufkommende Arbeitermitbestimmung bis Arbeiterselbstverwaltung gehörte im revolutionären Russland zu den dominanten Erscheinungen des Umwandlungsprozesses. Sie hörte auf, als er in die neue Ordnung eingemündet war. Ist das ein historischer Zufall oder eine Gesetzmässigkeit? Die geschichtliche Entwicklung zeigt jedenfalls die Logik im Paradox.**

### Vorher und nachher

Zum Recht auf Mitsprache und Mitbestimmung in Betrieben und Aemtern hatte Lenin vor der Oktoberrevolution von 1917 eine Losung herausgegeben, die bis heute offizielle Geltung hat: «Einschaltung der Werktätigen in Leitung und Kontrolle der Produktion.» Darunter verstand man in einigen Belangen ähnliche Forderungen, wie sie heute im Westen erhoben werden: die Arbeitnehmer müssen Einsicht in die Betriebsangelegenheiten erhalten; sie müssen ferner in der Lage sein, die Produktionspläne zu beeinflussen und die wichtigsten Fragen der Sozial- und Lohnpolitik gemeinsam mit der Betriebsleitung zu entscheiden. Darüber hinaus verlangte aber das bolschewistische vorrevolutionäre Modell noch eine institutionalisierte Arbeiterkontrolle über die Betriebseigentümer. Nach Lenins Grundidee sollte damit der sogenannte kompromisslose Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Arbeit gelöst werden.

Schon bei diesem Modellgedanken ist es offenbar, dass die sogenannte Einschaltung der Arbeitnehmer in die Produktionsleitung vor der Verstaatlichung einen prinzipiell andern Inhalt haben musste als nachher. Und hier liegt gerade die Dialektik jedes Mitsprache- und Mitbestimmungskonzeptes bis heute.

Vor der Verstaatlichung der Privatbetriebe waren die Kontrollorgane der Belegschaft Machtinstrumente der proletarischen Revolution gegen die Eigentümer. Sie gehörten zu den wichtigsten

Waffen im schonungslos geführten Klassenkampf. Nach der Verstaatlichung erhielten sie mit sofortiger Wirkung eine andere Aufgabe. Da sich der Betrieb in Staatseigentum («Eigentum des ganzen Volkes») befand, hatten sie dem Arbeitgeber, der in ihrem Namen funktionierte, zu gehorchen. Nach der Einführung der Planwirtschaft setzte man sie zur Erfüllung der Planaufgaben ihres Betriebes ein. Vor der Machtergreifung hatte man sie gegen das Privatkapital eingesetzt, darnach aber mussten sie die Interessen des monopolistischen und völlig unanfechtbaren Staatskapitals vertreten, oft genug gegen die elementarsten Interessen der Belegschaft. Denn nunmehr zählten nicht mehr die «engstirnigen» lokalen Anliegen eines Betriebs und seiner Angehörigen, sondern diejenigen der gesamten Gesellschaft, des Staates. Man sagte, der politisch weniger bewusste Arbeitnehmer müsse von seiner eigenen Vertretung davon überzeugt werden, dass die gesamtstaatlichen Interessen letzten Endes eben seine eigenen Interessen seien, auch wenn ihm das von seinem eigenen momentanen Gesichtspunkt nicht einleuchte. Lohn- oder Freizeitforderungen auf Kosten des gesamten Volkes? Das wäre ja Sabotage am Volksinteresse gewesen.

### 1917: Einschaltung

Die organisatorische Einschaltung der Arbeitnehmer in die Betriebsleitung begann im Februar 1917 mit der Aufstellung der Fabrik- und

Betriebskomitees. In ihren Statuten gaben sie sich ein Vetorecht gegen alle Verfügungen der Betriebsleitungen in Fragen von innerer Ordnung, Arbeitszeit und Lohn, Aufnahme und Entlassung von Arbeitnehmern.

### Ja, haben diese Betriebsräte ...

Die Bolschewiken spielten schon bei der Bildung dieser Organe eine massgebliche Rolle und suchten sie unter anderm mit dem Versprechen für sich zu gewinnen, dass die gesamte Betriebsleitung ihnen unterstellt würde. Hauptsächlich auf Betreiben der Bolschewiken organisierten die Fabrik- und Betriebskomitees vielerorts Einheiten der Arbeitermiliz und bildeten Kommissionen zur Kontrolle der einzelnen Produktionsgebiete.

Natürlich löste der Versuch, gerade in jenen turbulenten Kriegs- und Revolutionszeiten so massiv in die Betriebsleitung einzugreifen, Widerstand aus, und die meisten Betriebseigentümer weigerten sich, die Fabrik- und Betriebskomitees freiwillig anzuerkennen. Die Provisorische Regierung ihrerseits war keineswegs Herr der Lage. Sie schwankte und wich dann weitgehend dem Druck der damals noch gemeinsam auftretenden Bolschewiken und anarchistischen Revolutionäre. In einer Verordnung vom April 1917 anerkannte sie die Existenz der Komitees, beschränkte jedoch deren Kompetenzen. Diese Halbblösung kontrastierte übrigens merkwürdig zur Entschlossenheit der Regierung, den Krieg weiterzuführen; aber zu Zivilcourage reichte der kriegerische Mut eben nicht. Jedenfalls nutzte der Kompromiss nur den Bolschewiken, die am besten wussten, was sie wollten. Sie verstanden es, die Komitees immer mehr zu ihren Werkzeugen zu machen und sie sowohl gegen die kontinuierliche Produktion als auch gegen die öffentliche Ordnung einzusetzen. Als dann die Provisorische Regierung, in die Ecke gedrängt, im August 1917 die Komitees auflösen wollte, war es schon zu spät; sie konnte sich nicht durchsetzen. Die Komitees bestanden einfach weiter und organisierten Streiks oder auch direkte Sabotageaktionen. Sie verlangten immer mehr Rechte und immer mehr Entrechtung der Betriebsleitungen.

Es trifft zu, dass es phasenweise innerhalb der Komitees zu erbitterten Auseinandersetzungen gekommen war, weil sich die Zielsetzungen der Menschewiken (Sozialdemokraten) und der Bolschewiken nicht vereinbaren liessen. Aber dieser Richtungskampf war schon im Sommer 1917 praktisch zugunsten der Bolschewiken entschieden.

Dr. Richard Schwertfeger

#### Politische Oekonomie in Polen

Zur Entwicklung des nationalökonomischen Denkens in Polen während der sechziger Jahre.  
Schrittenreihe «Berner Beiträge zur Nationalökonomie»,  
Band 18. 1973. 224 Seiten. Kartoniert Fr./DM 28.—  
Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Verlag

haupt

Verlag Paul Haupt Bern  
und Stuttgart

## In der Sammlung Dalp

in vierter, durchgesehener und ergänzter Auflage:

WALTER THEIMER

## Geschichte der politischen Ideen

507 Seiten, gebunden Fr. 21.-

«Ein an sich schwieriger Stoff in eleganter, lesbarer Form verdeutlicht.»

FRANCKE VERLAG BERN

Den Höhepunkt ihrer politischen Rolle erreichten die Komitees in der Zeit um die Oktoberrevolution. In jenen Tagen stellten sie eigene Einheiten von Roten Garden und strengten sich an, die Arbeiterschaft für die bolschewistische Aktion zu gewinnen. Dann begann ihr Abstieg. Nach einer kurzen selbständigen Laufbahn verloren sie zuerst ihre Unabhängigkeit und dann ihre Existenz.

### ... am Ende an ihren Betrieb geglaubt?

Nach Uebernahme und Festigung der Macht hatten die Bolschewiken für Arbeitervertretungen der Betriebe keinen Bedarf mehr. Sie wurden nunmehr sogar zu einer Last, weil sie die Tendenz hatten, für die unmittelbare Hebung des Wohlstandes von Betriebsangehörigen zu kämpfen, was auf Kosten der gesamtstaatlichen «perspektivischen» Interessen ging. Nicht so seltsamerweise wurde nach der Oktoberrevolution auch der bolschewistische Kern in den Komitees kleiner und schwächer. Auf dieser Ebene gewann die sozialdemokratische Opposition wieder an Boden, aber die Entscheidung um die politische Macht war unterdessen gefallen. Die rasch etablierte «Diktatur des Proletariats» regierte im Namen der Arbeiter, aber ohne sie.

Unmittelbar nach der Oktoberrevolution unterstellte man die Komitees dem bolschewistisch kontrollierten linken Gewerkschaftsflügel, und im Februar 1918 beschloss eine Konferenz selektionierter Komiteevertreter die Vereinigung mit den Gewerkschaften, das heisst das Aufgehen der Komitees in diesen. Als im Frühjahr 1918 die gesamte Industrie verstaatlicht wurde, gab es keine Arbeiterkomitees mehr.

### Demokratische Alternative: vorhanden und verlassen

Hätte es irgendwann in diesem Ablauf Alternativen gegeben? Nun, aus der Zeit unmittelbar vor der Februarrevolution bestand sogar eine, aber sie erhielt ihre Chance nicht, zu einem demokratischen Gegenmodell zu werden. Es hatte in russischen Industriebetrieben Kräfte gegeben, welche sich für die Interessen der Arbeitnehmer einsetzten und vielleicht fähig gewesen wären, Mitspra-

che und sogar Mitbestimmung zu verwirklichen — allerdings nicht im klassenkämpferischen Sinne der Betriebskomitees, sondern eher im Zeichen von Klassenfrieden und Partnerschaft. Das waren die sogenannten «Arbeitsgruppen» bei den Kriegskomitees der Industrie. Mitglieder waren sowohl einige fortschrittlich denkende Fabrikbesitzer als auch Vertreter der technischen Intelligenz und der Arbeiterschaft. Solche Gruppen hatten sich auf verschiedenen Ebenen gebildet, vom Zentralen Kriegskomitee an über 33 Gouvernementskomitees bis zu immerhin 220 lokalen Komitees. Sie verlangten von der zaristischen und später von der Provisorischen Regierung Konzessionen für die Arbeitnehmer, bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Belegschaften. An Sympathie bei Intellektuellen und Arbeitern fehlte es ihnen nicht, wohl aber an irgendeiner Unterstützung von «oben». Hof und Regierung, die sich den Masslosen gegenüber weich verhielten, kompensierten das mit Härte gegenüber den Mässigen, denen sie überhaupt nichts zugestehen wollten. Sie waren bemüht, die Tätigkeit der Arbeitsgruppen zu hindern und ihre Aktionen scheitern zu lassen, um den sozialen und juristischen Status quo in der Industrie zu erhalten. Bei der nachherigen Provisorischen Regierung fehlte es dann zwar nicht an der Einsicht für die Belange der «Arbeitsgruppen», wohl aber am Mut, zu ihnen zu halten. Man war ihnen wohlgesinnt, gab ihnen aber nur einen kleinen Teil der Unterstützung, die man den Betriebskomitees aus Angst vor ihrem Auftreten lieb. Die Bolschewiken und die von ihnen beherrschten Betriebskomitees wandten sich selbstverständlich gegen die «Klassenverräter» und verlangten den Boykott der Arbeitsgruppen unter Berufung auf deren Bereitschaft zum sozialen Frieden.

### Das gleiche Los für Klassenfreund und Klassenfeind

Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass die Bolschewiken nach der Machtübernahme die beiden Organisationen von Klassenfrieden und Klassenkrieg praktisch gleich behandelten. Den gestrigen Verbündeten wurde das gleiche Schicksal als Belohnung zuteil, das man dem Feind als Strafe auferlegte. In beiden Organisationen wurde eine grossangelegte Säuberung durchgeführt (aus den Arbeitsgruppen flogen die Ingenieure und selbstverständlich die Betriebs-eigentümer, aus den Betriebskomitees die menschewistischen und anarchistischen Elemente samt den nicht disziplinierten Bolschewiken); beide Organisationen wurden — wie erwähnt — auf gesellschaftlicher Ebene den Gewerkschaften angeschlossen und auf staatlicher Ebene der Kontrolle des Obersten Volkswirtschaftsrats beim Volkskommissarenrat unterstellt. Beide

Organisationen wurden am 31. März 1918 in sogenannte Komitees der Volksindustrie umgewandelt und erhielten zur Aufgabe, die Betriebe zu demokratisieren und die Rote Armee zu versorgen. Aber weil Lenin und seine Anhänger tatsächlich nicht einmal in stande waren, das Vertrauen ihrer neuen Komitees zu gewinnen, blieb dem Volkskommissarenrat nichts übrig, als diesen bescheidenen Anfang von Betriebsdemokratie am 24. Juli 1918 endgültig aufzulösen.

Nun hatten die Bolschewiken das ganze Jahr 1917 über in ihren Massenmedien und Propagandafeldzügen konsequent die Arbeiterkontrolle in den Betrieben verlangt, und sie mussten sich nach der Oktoberrevolution schon deshalb nach einem Ersatz für die liquidierten Organisationen umsehen, um die Abkehr von ihren eigenen Forderungen nicht manifest werden zu lassen. Belegschaftsinteressen im alten Selbstverständnis hatten allerdings in der neuen Lösung nichts zu suchen. Es galt, die Arbeiter der bolschewistischen Führung restlos unterzuordnen, die schwankende Arbeits- und Produktionsdisziplin wiederherzustellen und zu festigen, ferner die Position der eigenen Leute unter den Arbeitnehmern in den Betrieben zu stärken.

### Die Arbeiter-Bauern-Inspektion: Schlichte Tschecha-Filiale

Noch war der Bürgerkrieg nicht beendet, als sich das Regime entschloss, die sogenannte Arbeiter-Bauern-Inspektion zu bilden. Das seit Dezember 1917 bestehende Volkskommissariat für Staatskontrolle wurde dazu reorganisiert, und gleichzeitig ergänzte man die staatliche Kontrolle durch die nach Parteivisungen «gewählten» Arbeiterkontrollkommissionen. Diese bildeten — im Gegensatz zu den früheren drei Typen der Arbeitervertretung — eine zusammenhängende Hierarchie mit einer zentralen Kontrollkommission an der Spitze, die ihrerseits in das erwähnte Volkskommissariat einverleibt wurde. Dadurch war die Arbeiterkontrolle der totalen staatlichen Führung unterstellt. Die Kontrollkommissionen hatten nicht mehr die Aufgabe, direkte oder indirekte Arbeiterinteressen zu vertreten; vielmehr mussten sie die Kontrolle über die Erfüllung der staatlichen Aufgaben übernehmen.

Sie hatten nicht nur für mehr Arbeitsdisziplin und höhere Produktivität zu sorgen, sondern wurden auch zur Mitregelung der Entlohnung eingesetzt, das heisst zur Dämpfung von Belegschaftsansprüchen, die dem Gesamtinteresse zuwidergelaufen wären, so wie es die oberste Führung definierte. Zu diesen ausgesprochen arbeitgeberischen Zwecken war den Kommissionen denn auch Mitsprache garantiert. Die Betriebsleitung war verpflichtet, ihnen beliebige Dokumente zur Einsicht auszuhändigen. Auch waren

Dr. Kurt Müller

### Zukunft ohne Freiheit?

Politische Folgen des geistigen Wandels. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Karl Schmid.  
Schriftenreihe «Slaat und Politik», Band 13. Erscheint im Oktober 1973. Ca. 65 Seiten. Kartoniert ca. Fr./DM 9.80  
Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Verlag

haupt

Verlag Paul Haupt Bern  
und Stuttgart

Neue Informationen und überraschende Einsichten bietet der unlängst in der Reihe «Hallwag-Reisebibliothek» erschienene Band

Max Thürkauf

## Mit der Eisenbahn durch den dialektischen Materialismus

Reiseskizzen aus der Sowjetunion  
Mit Photos von Inge Hugenschmidt  
Fr. 18.–

«Wer Russland bereisen will, muss dieses Buch lesen, wer es kennenlernen möchte, sollte es studieren.»  
Recklinghäuser Zeitung

Hallwag Verlag Bern und Stuttgart



sie ermächtigt, Disziplinarverfahren (mit der Entlassung als Ultima ratio) gegen jene Angestellten jeder Stufe zu verlangen, die in der Erfüllung der staatlichen Aufgaben nicht eifrig genug waren. Durchaus auch in offizieller Lesart waren die Kommissionen Organe zur Durchsetzung gesamtstaatlicher Interessen, auch wenn diese für die eigene Belegschaft ausgesprochen nachteilig waren. Ausserhalb der offiziellen Lesart waren sie das, was ihrer konkreten Auswirkung beim Arbeiter entsprach, nämlich Organe von Partei und Staat zur Unterdrückung des Proletariats.

### 1921: Ausschaltung

In der Tat wurden die Arbeiterkontrollkommissionen schon bald so offensichtlich zu einer Tscheka-Filiale, dass sich Lenin zur Bildung einer vierten Form der «Arbeiterautonomie» veranlasst sah, also zu einer Art Wiederanschluss an die unterbrochene Kontinuität aus der vorrevolutionären Zeit. Und dazu wurden nun jene Produktionskonferenzen der Arbeiterschaft ins Leben gerufen, die *mutatis mutandis* noch heute bestehen.

Die ersten ihrer Art wurden 1921/22 in Petrograd, in Moskau und einigen grösseren Industriezentren aufgestellt, und bis 1924 waren sie in den europäischen Teilen der mittlerweile gegründeten Sowjetunion ziemlich verbreitet. 1925/26 schliesslich hielten sie ihren Einzug in Zentralasien, Transkaukasien und Sibirien.

Die Produktionskonferenzen waren laut offizieller Darstellung «eine der wichtigsten Formen der Förderung von Produktionsaktivität und

Entfaltung schöpferischer Initiative unter den Werkträgern sowie ihrer Teilnahme an der Produktionsleitung». Aufgaben, Kompetenzen und Strukturen der Produktionskonferenzen wurden in einer gemeinsamen Verordnung von Gewerkschafts-Zentralrat, Allunions-Volkswirtschaftsrat und oberster Kontrollstelle (NK-RKI) am 23. September 1924 bestimmt. Die Verordnung betonte, die Produktionskonferenzen brächten die Einschaltung der Arbeiter in die Betriebsleitung zwecks Vervollkommnung der Produktion und gegenseitiger Annäherung von Betriebsleitung und werktätigen Massen. Der 14. Parteikongress von 1925 nannte sie seinerseits «die beste Form zur Einschaltung der breiten Arbeitermassen in den praktischen Aufbau der Sowjetwirtschaft, die beste Form der Erziehung zum Bewusstsein der Massen, dass es zwischen den Interessen der Werkträgern und den wirtschaftlichen Erfolgen des sozialistischen Staates einen engen Zusammenhang gibt». Mit andern Worten: Messt euren Lohn nicht am Zahntag, sondern an der Gesamtproduktion.

### Produktionskomitees: Die Hierarchie sagt, was die Arbeiter zu wünschen haben

Wie funktionierten diese Produktionskonferenzen? Sie waren einfach Generalversammlungen der Arbeitnehmer in Brigaden, Werkstätten, Betrieben und Aemtern. Was ihnen fehlte, waren Querverbindungen zueinander und eigengewichtige Strukturen. Somit konnten sie auch kein Gegengewicht zu den zentralisierten Partei- und Gewerkschaftsgremien bilden, denen sie als Befehlspfeiler gegenüberstanden. Die funktio-

nellen Einzelheiten bestätigten diese Anlage. Die Einberufung erfolgte durch die Gewerkschaft in Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung. Die Gewerkschaft stellte die Traktandenliste zusammen und bestimmte ebenfalls im voraus die Diskussionsteilnehmer, organisierte während der Versammlung die Diskussion, legte die abschliessenden Beschlüsse vor und war nachher auch für deren Verwirklichung zuständig. Bei dieser ganzen Abwicklung war eigentlich nur ein Element überflüssig, und das war die Produktionskonferenz selber.

(Vergleiche: «Die ständigen Produktionskonferenzen als organisatorische und rechtliche Form der Einschaltung der Werkträgern in die Produktionsverwaltung» von S. M. Islamow in «Obščestvennyje nauki w Usbekistane», Nr. 12/1969.)

Die 2. Ausgabe der Grossen Sowjetenzyklopädie (die Auslieferung der 3. Ausgabe ist jetzt in ihren Anfängen) vermerkt zu diesem Stichwort:

«Auf den Produktionskonferenzen behandelt werden die Fragen der Organisation des sozialistischen Arbeitswettbewerbes und der Verbreitung der Erfahrungen von Stossarbeitern und Produktions-Neuerern, die organisatorisch-technischen Massnahmen zur Gewährleistung der Arbeitsproduktivitätserhöhung, der Produktionsqualität und der Verminderung von Produktionskosten. Die Produktionskonferenzen tragen zur erfolgreichen Einführung der neuen Technik, zur besseren Ausnutzung der Einrichtungen, zur Erhöhung des kulturellen Niveaus der Produktion bei; sie sind Schule der kommunistischen Arbeitererziehung, Schule zur bewussten

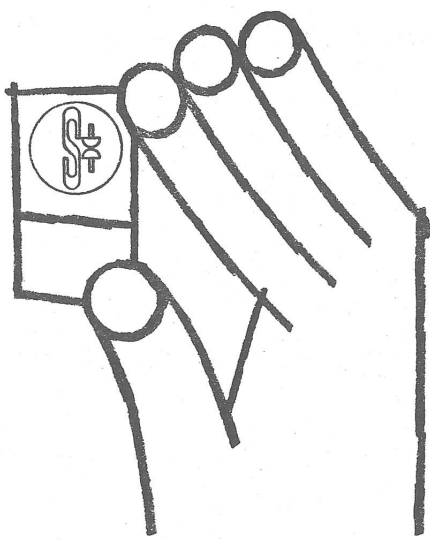
Teppichhaus Teppich-Showroom Zürich  
 W. Geelhaar AG Zwielerstrasse 35  
 Thunstrasse 7 8004 Zürich  
 3000 Bern 6 Telefon 051 353800

# Geelhaar

Teppiche? bringt die Lösung!

Riesenauswahl und  
 -Know How von allem,  
 was man auf den  
 Boden legt.

Kompetente Beratung «mit Flair»  
 Überzeugende Serviceleistungen:  
 Teppichreinigung-Service in der ganzen Schweiz  
 -Wäscherei  
 Shop at home-Service  
 Spezialabteilungen für Engros,  
 Hotel und Objekt



**Buchdruck  
 Offset  
 Buchbinderei**

**Steiger Druck + Verlag AG Bern**  
 Moserstrasse 31, Tel. 031 41 27 75

Einhaltung der Arbeits- und Produktionsdisziplin unter den Werktätigen. Sie helfen den leitenden Funktionären, den Kontakt zu den Massen zu festigen.»

Die Beziehungen zwischen den Produktionskonferenzen und den Betriebsleitungen waren nirgends geregelt. In der Praxis hatten die Versammlungen zwei Aufgaben: die von oben angeregten «Wünsche» der Arbeitnehmer zu äussern (z. B. ein Vorschlag zur freiwilligen Leistung einer Sonderschicht zu Ehren eines revolutionären Jahrestages) und für Festigung der Arbeitsdisziplin in der Belegschaft zu sorgen. Dazu dienten öffentlicher Tadel und öffentliche Anprangerung von schlecht arbeitenden einzelnen Werktätigen, Produktionseinheiten, Brigaden, Betriebsabteilungen usw. So wurden die Produktionskonferenzen zu inhaltslosen Aushängeschildern einer angeblichen Sowjetdemokratie. Es kam mit der Zeit sogar dazu, dass sich Partei-, Gewerkschafts- und Betriebsleitungen gerade dann an die Konferenzen wandten, wenn sie unpopuläre Massnahmen einzuführen gedachten, die sie lieber nicht unter eigenem Namen anordnen wollten; die Belegschaften mussten dann für ein zynisches Spiel herhalten. So wurde aus dem Organ, welches eine Art Mitsprache für die Arbeitnehmer zu verwirklichen hatte, eine ausgesprochen arbeiterfeindliche Einrichtung.

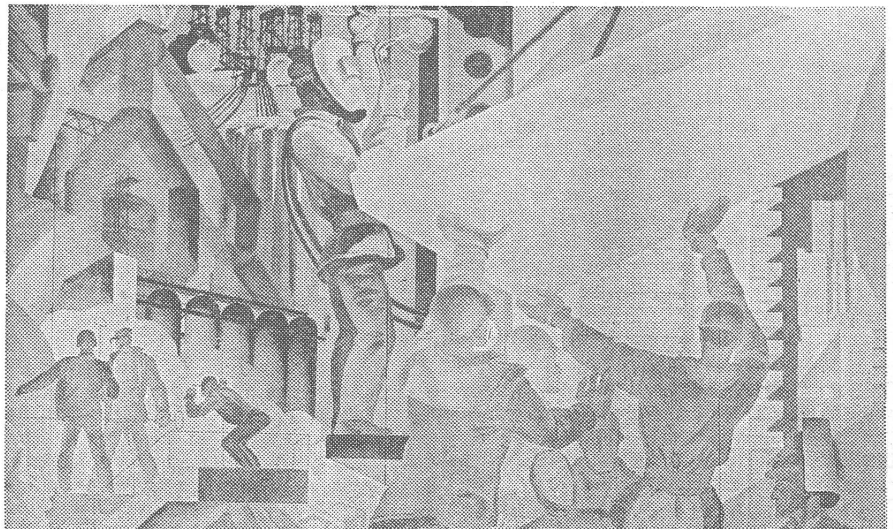
**Nach 40 Jahren: Für die Arbeiter-  
 teilnahme «eine wirksame Form finden»**

Nach Stalins Tod begannen Fachliteratur und öffentliche Medien auf Denkanstösse Chruschtschews zu verlangen, dass man für die

Teilnahme der Arbeitnehmer an der Betriebsleitung eine wirksame Form finde. Das enthielt das Eingeständnis ihrer bisherigen Unwirksamkeit, die nunmehr allerdings nach dem 20. Parteikongress von 1956 dem «Personenkult» Stalins angelastet wurde, wie so vieles andere auch.

Im Juli 1958 erfolgte die Umwandlung der bisherigen Produktionskonferenzen in sogenannte «ständige Produktionskonferenzen», die als Zeichen der Liberalisierung gelten sollten. Doch

wurde auch die neue Institution natürlich nicht sich selbst überlassen. Man unterstellte sie vielmehr den sogenannten Fabriks-, Betriebs- und Lokalkomitees der Gewerkschaften (FZMK), die im gleichen Monat gebildet wurden und ihrerseits schon statutenmässig die Parteileitung anerkennen. Für die Kontrolle von oben war also bei jenen beiden Organismen, die offiziell «der Vertiefung der sowjetischen Wirtschaftsdemokratie» dienen, von Anfang an gesorgt.



Sind die Arbeiter als Individuen entrechtet, so werden sie dafür als Klasse heroisiert. Gemälde von Ju. Koroljow aus «Ogonjok», Moskau: Die UdSSR, unser Vaterland.